FASCHISMUS

No. 17 Amsterdam, den 7. September 1935.

Mussolini über den Krieg in Afrika. (I.T.F.) "Das nationalistische, konservative und klerikale Italien von heute will den Degen zu seinem Gesetz und die Armee zur Schule der Nation machen. Wir haben diese sittliche Entartung vorausgesehen und sind deshalb darüber nicht erstaunt. Aber diejenigen, die glauben, dass diese Vorherrschaft des Militarismus ein Zeichen der Stärke ist, täuschen sich. Starke Völker haben es nicht nötig, sich einem so stupiden Rummel zu überlassen wie dem, dem sich die italienische Presse mit einer närrischen Freude hingibt. Starke Völker haben sich in der Gewalt. Das nationalistische und militaristische Italien zeigt, dass es sich nicht in der Gewalt hat. So wird ein kleiner Eroberungskrieg wie ein römischer Triumph gefeiert".

So schrieb Mussolini am 21. Januar 1912 in dem von ihm geleiteten "Avanti" über den Krieg Italiens in Lybien. Die antifaschistische Wochenschrift "Giustizia e Liberta" hat diesen Artikel, der zu einer treffenden Kritik des faschistischen Italiens wurde, der unverdienten Vergessenheit entrissen.

Hartnäckiger Widerstand. (I.T.F.) Die Mussolini nahestehende Monatsschrift "Gerarchia" muss (im Maiheft 1935) feststellen: "Die Massen stehen der (faschistischen) Gewerkschaft noch immer fremd gegenüber, sie beteiligen sich an ihrem Leben nicht. Es besteht da ein Misstrauen, das vielleicht weit zurückliegende Ursachen hat, aber heute dank der Arbeit der (faschistischen) Partei nicht mehr bestehen dürfte."

Die gewerkschaftlichen Verbände wurden zerschlagen, seit 9 Jahren wird jedem Arbeiter ein Zwangsbeitrag für die faschistischen Organisationen abgezogen, aber nach wie vor stehen die italienischen Arbeiter den faschistischen Organisationen fremd gegenüber!

Christentum als Aushängeschild. (I.T.F.) Trotzdem im christlichen Ständestaat Österreich Streik verboten ist, haben am 22. August 40 Arbeiterinnen einer Schuhfabrik in Klagenfurt geschlossen die Arbeit niedergelegt. Der Unternehmer hatte einen neuen Akkord eingeführt, durch den die Arbeiterinnen nur noch auf einen Stundenverdienst von 30 Groschen (hfl.0,09,

schw. Fr. 0,18) kamen. Die faschistische Einheitsgewerkschaft hatte der 3-400-köpfigen Belegschaft ein Eingreifen der Regierung zugesagt, doch der "Staatssekretär für Arbeiterschutz" rührte sich nicht.

Die Einheitsgewerkschaft fürchtet, dass der Streik weiter um sich greifen könnte und andere Betriebe erfasst. Die ihr nahestehende "Österreichische Arbeiterzeitung" (31. August) wagt aber nicht die Streikenden anzugreifen. Sie verteidigt sie sogar: "Ist es ein Wunder, wenn solche Zustände die Arbeiterschaft zum Zweifeln bringen, wenn illegaler (!) Einfluss bei dieser Arbeiterschaft besonders leicht Platz greifen kann?" Und sie fragt bitter: "Sollen die Prinzipien des christlichen Staates für Österreich bloss ein Aushängeschild sein oder soll darnach auch gehandelt werden?" - Die österreichische Arbeiterschaft fragt nicht mehr.

Der christliche Lohnabbau. (I.T.F.) Der "Wirtschaftsstatistische Jahresbericht" der Innsbrucker Arbeiterkammer gibt an, dass 1933 für 23 500 in den Tiroler Betrieben beschäftigte Arbeiter eine Lohnabgabe entrichtet wurde, 1934 für 24 040. Die versteuerte Lohnsumme aber sank von 2 303 469 Schilling im Jahre 1933 auf 2 240 052 Schilling im Jahre 1934. Der Durchschnittslohn ist also nach offizieller Statistik um 7% gesunken.

Österreichische "Arbeitsschlacht". (I.T.F.) Die "Arbeiterzeitung", das Organ der österreichischen Sozialisten, veröffentlicht eine vertrauliche Denkschrift der Bauunternehmer an den österreichischen Handelsminister. In dem Bericht heisst es wörtlich: "Obwohl heuer mehr Strassen als im Vorjahr gebaut wurden, klagen die Strassenbaufirmen über einen Rückgang des Umsatzes infolge Verwendung billigerer Belege. Die Hochbautätigkeit wurde heuer durch den Assanierungsfonds gefördert, während die private Bautätigkeit vollkommen zum Stillstand gekommen ist. Die Zahl der arbeitslosen Bauarbeiter ist trotz der günstigen Witterung (im Sommer) fast so gross wie in den früheren Jahren in den Wintermonaten".

"Die populären Fragen". (I.T.F.) Was interessiert die deutschen Arbeiter? Die Reden Hitlers? Die Uniformen Görings? Dr. Leys soziale Ehre? Die Versprechungen Goebbels'? Die Judenhetze Streichers? Die Katholikenhetze des "Neuheiden" Rosenberg? O nein!

"Der Ruhrarbeiter", das amtliche Organ der Deutschen Arbeitsfront des rheinisch-westfälischen Industriegebiets, stellt fest (Leitartikel der 3. Augustnummer), dass "die populären Fragen" sind: "Wie steht es mit der Verschuldung des nationalsozialistischen Staates? Wo bleibt der Sozialismus? Warum sind die Löhne so schlecht?" Die Nationalsozialisten müssen sich gegen ihre eigenen Anhänger verteidigen, die Rechenschaft verlangen.

Verschobene Angleichung. (I.T.F.) Am 1. Juli sollten die Bezüge der von den deutschen Gemeinden beschäftigten Arbeiter, Angestellten und Beamten an die Bezüge der vom Reich Beschäftigten angeglichen werden. Die Durchführung dieser "Angleichung" hätte einen Lohn- und Gehaltsabbau bis zu 20% bedeutet. Bei der Senkung der Reallöhne durch die Steigerung der Preise und Abzüge wäre diese Kürzung besonders schwer empfunden worden. Die NSDAP hat noch nicht gewagt, diesen Abbau durchzuführen und hat den von den Gemeinden Beschäftigten mitgeteilt, dass die Angleichung zunächst "verschoben" wurde.

Pinkertons -- jetzt von der Arbeitsfront bezahlt. (I.T.F.) Das 1919 von westdeutschen Industriellen zur Bekämpfung der Gewerkschaften gegründete Deutsche Institut für technische Arbeitsschulung (Dinta) war im Frühjahr der Arbeitsfront eingegliedert worden, bestand aber noch immer als selbständige Organisation weiter. Nachdem aber jetzt dem Leiter des Dinta, Dr. Arnhold, das gesamte Schulungswesen der Arbeitsfront unterstellt wurde, wollen die Industriellen überflüssige Sonderausgaben sparen. Der westdeutsche Schwerindustrielle Generaldirektor Vögler teilt mit, dass das Dinta liquidiert werden solle, da die Arbeitsfront sich mit ihrer Schulungsarbeit der Grossindustrie unter-

stellt habe und eine Sonderorganisation überflüssig sei. Die Arbeiter werden durch diese Regelung gezwungen, mit den ihnen von der Arbeitsfront abgepressten Beiträgen die Pinkerton-Organisation der Industriellen selbst zu bezahlen.

Die Auslandsorganisation der Arbeitsfront. (I.T.F.) Die Gauwaltung Seeschiffahrt der Deutschen Arbeitsfront und das bisherige Auslandsamt der Berufsgruppen (der Angestellten) wurden am 22. Juli aufgelöst. Beide Dienststellen wurden als "Gauwaltung Auslandsorganisation der Deutschen Arbeitsfront" zusammengefasst und der Auslandsorganisation der NSDAP direkt unterstellt. Die neue Gauwaltung, die sich in eine "Abteilung Seeschiffahrt" und eine"Abteilung Reichsdeutsche im Ausland" gliedert, untersteht bis ins kleinste den Auslands-Vertrauensleuten der NSDAP. Die Umorganisation wurde zu einer weiteren personellen Reinigung benutzt. Weitere sozialradikaler Anwandlungen verdächtige "alte Kämpfer" wurden entlassen oder auf belanglose Pöstchen abgeschoben. Mit den Beiträgen der Seeleute und der im Ausland arbeitenden Angestellten und Arbeiter wird jetzt ohne den Umweg einer "Berufs"-Organisation die Spionage und Propaganda der NSDAP finanziert.

x)

Hitlers Hungerreich. Klassenkampf statt Volksgemeinschaft. (I.T.F.) Die Preise steigen im Dritten Reich von Monat zu Monat und gleichzeitig senken die Unternehmer mit Hilfe der Nationalsozialisten die Löhne. Die Lebenshaltung der breiten Masse der Arbeiterschaft sinkt, Handwerker und Kleinhändler stehen vor dem Bankrott, die Lage der Bauern hat sich noch weiter verschlechtert. Immer wieder haben die Nationalsozialisten versucht, die Preissteigerungen zu vertuschen und die Lohnsenkungen zu leugnen. Aber jetzt ist es so weit gekommen, dass die Deutsche Arbeitsfront erklären muss: "Wenn die Dinge so weiter treiben, dass auf der einen Seite sich die Preise erhöhen und auf der andern Seite sich unverantwortliche Elemente herausnehmen, die Löhne zu drücken, dann wird eines Tages ein Zeitpunkt erreicht sein, den man als sozial höchst gefährlich bezeichnen müsste." (Der Ruhrarbeiter, amtliches Organ der Deutschen Arbeitsfront, 4. Augustausgabe 1935). Noch am 21. April 1935 hatte Hitler grosssprecherisch verkündet: "Der Nationalsozialismus hat den Klassenkampf beseitigt... An die Stelle des Klassenkampfes ist die Volksgemeinschaft getreten"; das Organ der Arbeitsfront wagt nicht mehr, diesen Unsinn zu wiederholen, es muss zugeben: "Alle Volksgenossen, die heute die berechtigten Ansprüche der bei ihnen Beschäftigten zu drücken versuchen, treiben nichts anderes als Klassenkampf"!

Lohnabbau statt Leistungslöhnen.

Seit dem 1. Mai 1934 haben die deutschen Unternehmer das Recht, in den Betriebsordnungen genannten Werktarifen nach eigenem Ermessen auch Löhne und Gehälter festzusetzen. Die Treuhänder der Arbeit setzen häufig, um eine Verschiebung der Konkurrenzbedingungen zu vermeiden, für bestimmte Wirtschaftsgebiete Tarifordnungen fest, die bindender Bestandteil der Werktarife sind. Diese Tarifordnungen des nationalsozialistischen Beamten setzen fast immer ausserordentlich niedrige Löhne fest und die Unternehmer benutzen die ihnen vom Nationalsozialismus gegebenen Vollmachten, um die gezahlten Löhne auf das niedrige Niveau der Tarifordnungen zu senken. Der nationalsozialistische Treuhänder der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Nordmark erliess bereits einen zweiten Aufruf: "Es ist mir trotz meiner früheren Veröffentlichung vom 15. Februar 1935 zu Ohren gekommen, dass Betriebsführer den Erlass einer Tarifordnung zum Anlass genommen haben, die bisher über Tarif gezahlten Leistungslöhne auf die Sätze der Tarifordnung zu senken...der Tarifordnung, die immer auf das unterste Niveau der leistungsschwachen Betriebe abgestellt wird".

---

x)(An die Redaktionen: Die einzelnen Abschnitte dieser Übersicht sind in sich abgeschlossen, sodass bei Platzmangel ganze Abschnitte zurückgestellt werden können.)

Am 12. August hat der Treuhänder von Westfalen öffentlich die gleiche Feststellung machen müssen: "Immer wieder gelangen Klagen an mich, dass, wenn eine Tarifordnung erlassen wird, Betriebsführer, die bisher höhere Löhne oder sonst günstigere Arbeitsbedingungen gewährt haben, diese an die Bestimmungen der Tarifordnung angleichen." Hinter den Treuhändern steht der Machtapparat der Diktatur. Bisher aber hat noch kein Treuhänder gewagt, einen Grossindustriellen zur Zahlung höherer Löhne zu zwingen. Sie begnügen sich mit Appellen an die "Volksgenossen Betriebsleiter". "Der Ruhrarbeiter" klagt: "gerade die Unternehmer sind es ja gewesen, die in früheren Jahren immer wieder gegen den Tarifschematismus Sturm gelaufen sind. Heute hätten sie eine Gelegenheit, und zwar im Rahmen des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit, zu den immer gewünschten Individuallöhnen, d. h. Leistungslöhnen zu kommen". Aber sie benutzten die Gelegenheit zum Lohnabbau. Nachdem der "Tarifschematismus", die von den Gewerkschaften abgeschlossenen und geschützten Tarifverträge, von den Nationalsozialisten beseitigt wurden und die Gewerkschaften zerschlagen, stehen die deutschen Arbeiter fast wehrlos dem Bündnis der Unternehmer mit der Diktatur gegenüber. Unbehelligt können die Unternehmer die Löhne der breiten Masse der Arbeiter auf das vom Treuhänder festgesetzte "Existenzminimum" senken, das zum Sterben zu viel und zum Leben zu wenig ist.

Preissteigerung.

Seit Beginn des Dritten Reiches steigen die Preise, sinkt infolgedessen die Kaufkraft der Löhne und Gehälter. Nach Angaben des amtlichen Statistischen Reichsamts belastet allein die Steigerung der Nahrungsmittelpreise von 1933 bis 1935 eine Durchschnittsfamilie wöchentlich mit mindestens 3 - 4 RM (1 RM ca. 60 holl. Cents, ca. schw. Fr. 1,20). Die Steigerung der Preise für die sogenannten Genussmittel (Kaffee, Tee, Bier, Gewürze), für Bekleidung, Seife etc., die Erhöhung der Wohnungsmieten in fast allen Industrieorten, ist pro Haushalt und Woche mit weiteren 1,50 bis 2 RM wahrscheinlich zu niedrig geschätzt.

Die Arbeiter können die 4,50 bis 6 RM Mehrausgaben nicht bezahlen. 40% der deutschen Arbeiter verdienen -- nach der letzten Beitragsstatistik der Invalidenversicherung über das 1. Quartal 1935 -- wöchentlich weniger als 18 RM brutto; weitere 25% erhalten zwischen 18 und 30 RM. Von diesen Bruttoverdiensten gehen (je nach Lohnklasse und Familienstand) 14-25% Abzüge und "freiwillige" Spenden ab. Die Preissteigerung bedeutet für die grosse Masse der deutschen Arbeiter eine Verringerung der Kaufkraft der Nettoverdienste um 12 bis 25%. Die Arbeiter werden gezwungen, schlechtere Qualitäten zu kaufen und sich, ihren Frauen und Kindern den Riemen enger zu schnallen.

Dabei ist die Preissteigerung noch nicht beendet. Der amtliche Preisindex verzeichnet vom Januar 1933 (dem Beginn der Diktatur) bis zum Juli 1935 eine Steigerung der Kleinhandelspreise für "Ernährung" um "nur" 10,4% und für "Bekleidung" um "nur" 10,2%. Die Grosshandelspreise der "Agrarstoffe" stiegen bereits um 27,4%, die der "Textilwaren" um 16,1%. (Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung, 1935, 2, A, S. 179). Die Preise im Kleinhandel werden den Grosshandelspreisen folgen und weiter steigen, die Kaufkraft der Löhne wird weiter gesenkt werden.

Hungern für den Krieg.

Die Ursache der abnormen Preissteigerung im Dritten Reich ist das fieberhafte Tempo der deutschen Aufrüstung. Um möglichst viel Rüstungsrohstoffe einführen zu können, wird die Einfuhr von Lebensmitteln beschränkt. "Heute zwingt die Devisenlage dazu, die Lebensmitteleinfuhr auf ein eben noch tragbares Mindestmass herabzudrücken. jede bei der Lebensmitteleinfuhr ersparte Million erleichtert... den Aufbau unserer Wehrmacht" (Staatssekretär Backe, nach Völkischer Beobachter, 30. VIII.) Es sei eine Lage entstanden, "die es uns nicht gestattet, alle Sonderwünsche des Verbrauchers restlos zu befriedigen. Im ganzen gesehen ist die Versorgungslage mit Lebensmitteln aber auch heute noch (!) so, dass jeder Deutsche ausreichend ernährt werden kann" -- vorausgesetzt, dass er die geforderten Preise bezahlen kann.

Der Preisüberwachungskommissar, der im Herbst 1934 ernannt wurde ist am 1. Juli abgetreten, der Landwirtschaftsminister hat sich mit der Erklärung begnügt, dass Preissteigerungen "grundsätzlich" nicht

gebilligt würden. Da die Preise sich aber um die auswechselbaren Grundsätze der Nationalsozialisten nicht kümmerten, wurden Höchstpreise festgesetzt. Der Preiskommissar hatte (auf der Frühjahrsmesse 1935 in Leipzig) vor Höchstpreisen gewarnt: "Preise kann ich nur befehlen, wenn ich die Warenerzeugung vollkommen mengenmässig und ihre Verteilung in der Hand habe." und der Präsident des Instituts für Konjunkturforschung erinnerte an die Erfahrungen der "Kriegswirtschaft, namentlich in ihren Anfängen. Um die menschliche Ernährung nicht zu sehr verteuern zu lassen, setzte man Höchstpreise für Brotgetreide und Kartoffeln fest, mit dem Ergebnis, dass diese Erzeugnisse in die Futtertröge wanderten und der menschlichen Ernährung entzogen wurden." Er erinnerte an "den Schleichhandel, die Schwarzschlachtungen und anderen Gesetzesumgehungen, die das ernährungspolitische System völlig durchlöcherten" (Vierteljahrhefte zur Konjunkturforschung, ebd. S. 129). Auch in den "Anfängen der Kriegswirtschaft" des Dritten Reiches werden die Höchstpreise durch verschleierte Zuschläge umgangen, werden Qualitätsverschlechterungen gestattet, verfüttern die Bauern, die die verteuerten Futtermittel nicht bezahlen können, Nahrungsmittel. Durch Einfuhr von Nahrungsmitteln statt von Rüstungsrohstoffen könnte die Teuerung stark gemildert werden. Aber das Dritte Reich rüstet zum Krieg und lässt die Massen hungern, um die Aufrüstung zu beschleunigen.

"Die Satten sind nicht glücklich".

Die Arbeiter können die gestiegenen Preise nicht bezahlen. Die Diktatur hat Teuerungszuschläge verboten, die Unterstützungen der Erwerbslosen sogar noch gekürzt. Nur kleinen Gruppen von Spezialarbeitern der Rüstungsindustrie ist es gelungen, Lohnerhöhungen durchzusetzen. Die Arbeiter, die Angestellten, die Erwerbslosen hungern. Sie kaufen die schlechtesten Qualitäten und können sich dennoch nicht sattessen.

Die Stimmung der Arbeiter wird den Nationalsozialisten unheimlich. Der vollgefressene Dr. Ley sucht aus der Not (der Andern!) eine Tugend zu machen und versichert den Hungernden: "Die Satten sind nicht glücklich" (am 17. August in Wilhelmshaven); die Arbeiter mussten den Hohn hinnehmen. Andere suchen abzulenken. Der Stellvertreter von Dr. Goebbels z. B. beschwichtigt "die Unzufriedenen": "Wenn irgendwelche Lebensmittel heute teurer als im Vorjahr sind, dann ist es unrecht, so zu tun, als ob die ganze Lebenshaltung wesentlich verteuert oder sogar die Ernährung des deutschen Volkes gefährdet sei. Es ist bedauerlich, dass ängstliche Gemüter ihre kleinlichen Sorgen für das Weltgeschehen halten, ohne die grossen Probleme, wie es jetzt insbesondere auch das Judenproblem ist, zu erkennen" (am 17. VIII. vor dem Kreis IX der Berliner Arbeitsfront). Doch die Ablenkung auf Juden, Katholiken und Freimaurer verfängt nicht im gewünschten Masse.

Mittelstandsnot.

Denn auch Bauern und Mittelstand spüren, dass der Arbeiter vom Nationalsozialismus ausgehungert wird. Das Zentralorgan der NSDAP, der "Völk. Beobachter", berichtigt (am 30. VIII.) die nationalsozialistische Propaganda: "Es ist eine durchaus falsche Meinung, dass es dem Bauern blendend ginge", er muss berichten, dass trotz Frischfleischmangel die Bauern für ihre Rinder keine Käufer finden. Die Kleinhändler sitzen, wie das Institut für Konjunkturforschung berichtet (l.c.S. 173), mit vollen Lagern fest. Die Fabrikanten verlangen Bezahlung, aber "die Liquidität des Einzelhandels ist, nachdem sie sich.. im vorigen Jahre schon gebessert hatte, wieder schlechter geworden". Besonders schwer ist die Textil- und Bekleidungswirtschaft getroffen. An Kleidung und Wäsche lässt sich leichter sparen als am Essen. Trotz der grossen Uniformlieferungen war der Absatz an Bekleidung schon 1933 mit 6,7 MrdRM noch geringer als im Krisenjahr 1932, in dem für 6,8 MrdRM abgesetzt wurde. 1934 hamsterten die Zahlungsfähigen Stoffe und Wäsche; trotzdem betrug der Absatz (in Preisen von 1933) nur noch 6,53 Mrd RM. Die Arbeiter können nur noch wenig kaufen und fast jeder Laden spürt die Auswirkung der Verelendung.

Dabei ist die Verdienstspanne noch verkürzt worden. In vielen Bezirken versuchen die nationalsozialistischen Behörden, den Kleinhändler für die durch die nationalsozialistische Politik verursachte Teuerung verantwortlich zu machen und zwingen zum Verkauf unter

Selbstkosten. Wer sich weigert, wandert für einige Zeit ins Konzentrationslager, der Laden wird geschlossen.

Dem Grossbesitz geht es gut.

Aber es geht nicht allen schlecht im Dritten Reich. Der nationalsozialistische "Wirtschaftspolitische Pressedienst" berichtet, dass die versteuerten Bezüge der Aufsichtsrate 1934 um fast ein Drittel höher lagen als 1933 und im April und Mai bereits wieder um 41,7% zugenommen hatten. Das Konjunkturinstitut verzeichnet als Ergebnis der Aufrüstung: das versteuerte Unternehmereinkommen, das 1934 schon um 44,9% gestiegen war, nahm im 1. Halbjahr 1935 um weitere 17,4% zu. Die zur Körperschaftssteuer veranlagten Unternehmungen, deren Gewinne 1934 um 50,8% gestiegen waren, verzeichneten eine weitere Gewinnsteigerung um 42,5%. Beim "anonymen Kapital", bei den Aktiengesellschaften, lässt sich "eine starke Erhöhung der Gewinne erkennen" (S. 173 und 184). Aber "Infolge der steigenden Lebenshaltungskosten ist die Kaufkraft des Volkseinkommens nur noch wenig gestiegen", stellt das Konjunkturinstitut fest. Es beleuchtet damit die "nationalsozialistische Volksgemeinschaft" und bestätigt, dass die Zunahme der Unternehmergewinne auf Kosten der Arbeitenden erfolgte.

Anmerkung:

Die Auswirkung der Preissteigerung lässt sich auf Grund der aus allen Teilen des Reiches vorliegenden Berichte annähernd feststellen. Wir haben jedoch nur an Hand amtlichen Materials die Steigerung der Ausgaben der "Indexfamilie" berechnet. Die Ausgaben der Indexfamilie geben kein genaues Bild der wirklichen Lebenshaltungskosten im Dritten Reich, doch ihr Auf und Ab wird amtlich als repräsentativ bezeichnet. Verglichen werden die Veränderungen der Preise der Nahrungsmittel vom 25. Juli 1933 bis zum 24. Juli 1935 (Wirtschaft und Statistik, 1. Augustheft 33 und 35). Für Weizengriess, Leberwurst, Schmalz und Heringe mussten die Preise vom Mai verglichen werden (Vierteljahresheft z. Statistik des Deutschen Reiches). Bei der Berechnung auf Grund des neuen Index mussten für 1,2 kg Jagdwurst der (niedrigere!) Preis für Leberwurst eingesetzt werden, für 0,1 kg Schinken der (niedrigere) Preis für Schweinefleisch. 0,5 kg Kokosfett und 1,0 kg Nudeln wurden, da keine zentral zensierten Angaben vorlagen, nicht eingesetzt. Da jedoch Teigwaren in Süddeutschland eine erhebliche Rolle spielen, wurde die Preissteigerung nicht für süddeutsche Städte errechnet, sondern nur für Berlin, Hamburg, Leipzig und Essen. -- Die Preissteigerung für Gemüse lässt sich nach den vorliegenden Angaben für den Wochenverbrauch der 5köpfigen "Indexfamilie" auf etwa 0,40 RM pro Woche schätzen. Es ergibt sich eine

Preissteigerung (n u r für Nahrungsmittel)

	pro Haushalt und Woche für die dem alten Index zugrunde liegende Nahrungsmittelmenge	für die dem ab 1. Okt. 34 geltenden neuen Index zugrunde liegende Nahrungsmittelmenge
in Berlin	3,35 RM	3,40 RM
in Hamburg	3,60 "	3,40 "
in Leipzig	3,00 "	3,10 "
in Essen	3,20 "	3,30 "

Qualitätsverschlechterungen konnten nicht berücksichtigt werden.

Gesindebuch--doch nun für alle. (I.T.F.) Bis zum Zusammenbruch des Kaiserreichs im Jahre 1918 waren die deutschen Landarbeiter und die Hausangestellten (mit Ausnahme Badens und Elsass-Lothringens) gezwungen, ein Dienstbuch zu führen. Die Bestimmungen waren in den einzelnen Teilen Deutschlands verschieden, stets jedoch stellte die Polizei das Dienstbuch aus. Meist kontrollierte die Polizei das Dienstbuch bei jedem Dienstwechsel, in manchen Gegenden beglaubigte sie noch jede Eintragung der "Herrschaft". In Preussen bewahrte die Polizeibehörde während der Dienstzeit das Dienstbuch auf, in Württemberg wurde sogar nach Art eines Verbrecherregisters ein besonderes Register über den wesentlichen Inhalt der Dienstbücher geführt.

In dies Dienstbuch trug die "Herrschaft" ein Zeugnis ein; ein ungünstiges Zeugnis erschwerte das berufliche Fortkommen ausserordentlich. Zwar konnte das "Gesinde" sich beschweren, aber nur bei der Polizei, die fast immer der "Herrschaft" recht gab. Die Gesindebücher waren ausserordentlich verhasst. Das "Gesinde" vernichtete

trotz schwerer Strafandrohung sehr häufig das Dienstbuch. Als 1918 die Gesindeordnungen aufgehoben wurden und damit auch die Dienstbücher verschwanden, wurde das als ausserordentliche Erleichterung empfunden.

Jetzt hat das Dritte Reich das Gesindebuch wieder eingeführt und zwar für alle Arbeiter und Angestellten. Schon 1934 hatte die Deutsche Arbeitsfront die Wiedereinführung des Gesindebuches gefordert. Der "Arbeitspass" sollte dem Arbeitgeber noch grössere Rechte geben, als die Junker sie im kaiserlichen Deutschland hatten. Die Arbeitsfront forderte einen Arbeitspass, in den der Unternehmer unter anderm sein Urteil über die "persönliche Führung" und die "Art der Berufsausübung" eintragen sollte. Die nationalsozialistische Diktatur hat nicht gewagt, der deutschen Arbeiterschaft ein derartiges Arbeitsbuch zu bieten. Das Arbeitsbuch, das mit grosser Verzögerung ab 1. Juni im Dritten Reich eingeführt wurde, enthält nur Rubriken über Berufsausbildung, bisherige Beschäftigung und Familienstand. Der Arbeitsfront wurde keine Konzession gemacht, wohl aber wurden die besonderen Bedürfnisse der motorisierten Armee berücksichtigt. Jeder Unternehmer ist verpflichtet, sofort zu melden, ob die von ihm Beschäftigten "besondere Fertigkeiten, z. B. Führerschein für Kraftfahrzeuge, für Flugzeuge (!) erworben haben".

Das Arbeitsbuch muss von allen in Deutschland beschäftigten Arbeitern und Angestellten einschliesslich der Lehrlinge und Volontäre geführt werden. Seeschiffsbesatzungen, die zum grössten Teil ein Seefahrtsbuch besitzen, Heimarbeiter, die ein Heimarbeitsbuch führen müssen, und volksschulpflichtige Kinder, für deren Beschäftigung eine Arbeitskarte geführt werden muss. Angestellte mit einem Monatsgehalt von mehr als 1 000 RM und Beamte brauchen kein Arbeitsbuch führen. Bisher ist die Ausstellung von Arbeitsbüchern für etwa 8 Millionen Arbeiter und Angestellte angeordnet worden, bis Mitte 1936 sollen 21 Millionen Arbeitsbücher ausgegeben werden.

Das Arbeitsbuch wird auf Antrag kostenfrei vom Arbeitsamt ausgestellt. Bei Arbeitsantritt muss es dem Unternehmer übergeben werden, bei dem es bis zur Beendigung der Beschäftigung bleibt. Auf dem Antrag zur Ausstellung muss vermerkt werden, in welchen Betrieben die Angestellten und Arbeiter in den letzten 10 Jahren arbeiteten. Arbeitsamt und Unternehmer können auf Grund dieser Aufstellung kontrollieren, wer früher in Eigenunternehmungen der sozialistischen Arbeiterschaft beschaftigt war. Durch Einziehung des Arbeitsbuchs besteht jederzeit die Möglichkeit, missliebige Arbeiter und Angestellte vorübergehend oder dauernd wirtschaftlich empfindlich zu treffen. Man darf sich dadurch nicht täuschen lassen, dass die Kontrolle der Arbeitsbücher vom Arbeitsamt und nicht wie beim Gesindebuch von der Polizei vorgenommen wird. In Diktaturen hat jede Behörde polizeiliche Funktionen. Mit der Einführung des Arbeitsbuches wird allen, die in den letzten 10 Jahren in der Landwirtschaft gearbeitet haben, mit der Verweisung aus Industrie, Handel und Gewerbe gedroht. Das Arbeitsbuch enthält eine besondere Rubrik, "landwirtschaftliche Kenntnisse", und das Antragsformular, das Nachweise über die Beschäftigung in den letzten 10 Jahren enthält, ermöglicht die Feststellung früherer landwirtschaftlicher Tätigkeit, die bisher nur für die letzten 3 Jahre möglich war, für 10 Jahre. Gerade diese Möglichkeit der Verweisung aus bestimmten Berufen darf man nicht unterschätzen. Bei der Einführung der neuen Hafenarbeitskarten in Hamburg (1934) wurden z. B. von den 16 000 Hafenarbeitern allein 4 000 die Hafenarbeitskarte entzogen.

Der Arbeitspass soll, wie das Sprachrohr des Wirtschaftsministers ("Der deutsche Volkswirt" vom 12. April) treffend bemerkt "wie ein Militärpass" wirken. Die deutschen Arbeiter werden wie Soldaten an die Stellen befohlen, die den Unternehmern und der staatlichen Aufrüstung genehm sind. Bei Facharbeitern sind diesen Umgruppierungen gewisse Grenzen gesetzt. Die Auswirkungen für ungelernte Arbeiter lassen sich noch nicht ganz übersehen.

Freiwillig zahlt keiner.(I.T.F.) In den Arbeitslagern der Reichsautobahnen in Pommern wurden Kontrollen über die Zugehörigkeit der Arbeiter zur Deutschen Arbeitsfront durchgeführt. Das Ergebnis war geradezu kläglich, im Durchschnitt waren noch keine 30% der Arbeiter in der Arbeitsfront organisiert, in den Kolonnen von 25 bis 35 Mann im Durchschnitt 7 bis 11. Die Arbeiter erklärten den Kontrolleuren mit gutgespieltem Bedauern, es sei bei ihnen nicht kassiert worden, als Arbeitslose hätten sie kein Geld gehabt, usw. Selbstverständlich sind jetzt alle "freiwillig" Mitglied geworden, zur Vorsicht aber lässt die Arbeitsfront gleich auf der Arbeitsstelle kassieren.

Anhang 17. Amsterdam, den 7. September 1935.

DIE TRANSPORTARBEITER UNTER DEM FASCHISMUS.

Das gefürchtete Beispiel. (I.T.F.) Die deutschen Reeder fürchten, dass sich die Seeleute trotz Verbot der Gewerkschaften wieder zusammenfinden, sie fürchten vor allem das anfeuernde Beispiel der Seeleute anderer Länder. Die deutschen Reeder wünschen deshalb nichts weniger als ein internationales Streikverbot für Seeleute. "Nach eingetretener Weigerung sämtlicher Besatzungsmitglieder erfolgten", schreibt das Organ der Reeder, die Hansa (Nr. 33), erregt zum Streik der Seeleute bei der Cie. Générale Transatlantique "mehr oder minder durch behördliche Stellen veranlasst, Zugeständnisse in Gestalt von Heuererhöhungen. Also ein Rückzieher in aller Form.... Ist mit dem gesamten Wirtschaftsleben Deutschlands auch die deutsche Schiffahrt von Sorgen so bedrohlicher Art" wie "Heuerschacher in zwölfter Stunde...befreit, so verdankt sie diesen (die Reeder! Red.) befriedigenden Zustand allein der seit 2 1/2 Jahren eingeschlagenen folgerichtigen Politik unserer Regierung". Das Organ der deutschen Reeder hofft: "Langsam reift die Erkenntnis heran, dass man mit Aussicht auf Erfolg" der Bewegung der Seeleute nur durch internationale Bekämpfung Herr werden kann."

Die Wirkung des Kampfes der Gewerkschaften auf die deutschen Seeleute schätzt das Organ der Reeder so stark ein, dass es eine Woche darauf schon wieder Larm schlägt. "In duetschen Landen herrsch Arbeitsfriede. Ganz recht, doch vergessen wir nicht, wie er zustande kam, welcher ungeheuren Energiequellen es bedurfte, uns (!) den heutigen Zustand zu schaffen. Es ist nicht ein in den Schoss geworfenes Himmelsgeschenk, sondern die kostbare, schwer errungene Frucht mühsamer, mit Überlegung geführter Kämpfe. Dafür auch eine Errungenschaft sonder gleichen! Und weil sie das ist, dürfen wir niemals auch nicht einen Augenblick....die ausländische Maulwurfsarbeit unbeachtet lassen".

"Dass Angriffen am stärksten unsere Seeleute ausgesetzt sind, sie, die in ausländischen Häfen nur zu oft ungewollt und unbewusst Gelegenheit zum Gedankenaustausch mit Sendboten Moskaus (so werden im Dritten Reich "zur Abschreckung" freie Gewerkschafter bezeichnet. Red.) erhalten, liegt auf der Hand.

Lohnsenkung und Personalabbau. (I.T.F.) Die Lohnpolitik in den staatlichen Betrieben zeigt den sozialen Charakter der faschistischen Diktaturen besonders deutlich. Bei den österreichischen Bundesbahnen war die Zahl der Bediensteten im Verlauf der Krise von 79 527 (1929) auf 67 029 (1932) gesenkt worden. Der Durchschnittsbezug eines Bediensteten sank von 346,83 Schilling im Monat im Jahre 1929 auf monatlich 315,50 im Jahre 1932. Unter der "autoritären" Regierung Dollfuss und 1934, im Jahre der Zerschlagung der Gewerkschaften, wurde die Zahl der Bediensteten noch weiter auf 56 420 herabgedrückt, im Juni 1935 waren sogar nur noch 52 633 beschäftigt. Und trotzdem es nach Erklärungen der Regierung in Österreich seit 1932 "wieder aufwärts" geht, senkte das christliche "autoritäre Regime" die Bezüge der Bundesbahner 1933 und 1934 noch weiter auf 295,40 S. Dieser Durchschnitt liegt durch die hohen Gehälter der oberen Beamten noch relativ hoch. Das durchschnittliche Monatseinkommen der österreichischen Bundesbahner beträgt nur noch 240-250 Schilling (100 Sch. = ca.hfl. 28.--, schw. Fr. 57.--).

Keine Scheinvertretung! (I.T.F.) Den Eisenbahnern der Graz-Köflacher Bahn sollte eine von der Direktion ernannte "Personalvertretung" vor die Nase gesetzt werden. Zur Enttauschung der Verwaltung verweigern die Ernannten die Annahme der Mandate. Schon jetzt haben ein Beamter und der in Aussicht genommene Obmann der "Personalvertretung" die Zustimmung, die sie seiner Zeit gegeben haben, zurückgezogen. Die österreichischen Eisenbahner wollen nur eine frei gewählte Personalvertretung, kein Feigenblatt für eine schrankenlose Verwaltungsdiktatur.